

**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax : (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 11.11.2011

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 10.11.2011****öffentlich****6.5 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm
2012
3272/2011**

Die Ausschussvorsitzende macht darauf aufmerksam, dass diese Beratung als erster Durchgang betrachtet werde und die Vorlage nach den Beratungen in den nachfolgenden Gremien am 08.12.2011 noch mal im federführenden Ausschuss Umwelt und Grün behandelt werden soll.

RM Herr Kienitz merkt an, die CDU-Fraktion betrachte es positiv, dass die Stadt Köln ihren Verpflichtungen zum Klimaschutz nachkommen möchte, hinke man doch den Entwicklungen in anderen Städten hinterher. Allerdings fehlten der CDU-Fraktion im Konzept die klaren Zielvorgaben. Zudem sei die Vorlage haushaltsrelevant; es würden jedoch keine Vorschläge zur Finanzierung gemacht und die Einsparungen, gerade vor dem Hintergrund des vorliegenden Haushaltsdefizits, seien ebenfalls nicht quantifiziert.

Herr Kienitz hat zu folgenden Punkten des Konzeptes noch Anmerkungen bzw. Fragen:

- zu A 3 Teilnahme am European Energy Award und Klimaschutz-Check bei den Aktivitäten der Stadtverwaltung
Warum habe man in den letzten Jahren nicht am European Energy Award (EEA) teilgenommen?
- zu A 8 Klimaschutzfonds für die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen bei den städtischen Gebäuden
Die Erklärungen zu diesem Punkt reichten nicht aus und es wird um eine ausführlichere Darstellung gebeten, wie so etwas ablaufen soll.

- zu A 9 Kommunales Förderprogramm für die private Altbaumodernisierung
Man müsse sich angesichts eines Förderbudgets von 1 Mio. Euro pro Jahr fragen, was diese Maßnahme bringe, auch wenn die Aspekte der Wirtschaftsförderung und der Altbausanierung bereits angesprochen wurden.
Was seien bislang in Münster, das diese Maßnahme mit 500.000 Euro im Jahr umsetzt, für Effekte erzielt worden?
Vor dem Hintergrund von Wohnraummangel in Köln müsse man sich fragen, ob man den stadt eigenen Gesellschaften bzw. Bürgerinnen und Bürgern mit Maßnahmen wie dem "Passivhausstandard bei Verkauf städtischer Grundstücke" nicht zuviel Dinge aufbürde, die bezahlt werden müssen.

RM Herr Dr. Welpmann gibt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein positives Feedback zu der Vorlage. Man begrüße, dass 2012 mit den Sofortmaßnahmen begonnen werde und sei mit dem Maßnahmenpaket aus dem Energiebereich durchweg einverstanden. Da dies mit Personalaufwand verbunden sei, müsse die Stadt in bestimmten Bereichen in "Vorleistung" gehen. Im Energiemanagement der Kulturverwaltung ergäben sich jedoch auch Einsparungen, die zumindest in dem Bereich die Aufwendungen mehr als kompensieren dürften.

Herr Dr. Welpmann hat zum Mobilitätsbereich noch einige Fragen, die in der Sitzung des Verkehrsausschusses ebenfalls besprochen werden sollten und bittet, diese zu beantworten.

- zu V 2 Mobilitätspaket für Neubürger
Hier sei ein ungewöhnlich hoher Kostenanteil von 800.000 Euro, von insgesamt 1,7 Mio. Euro, veranschlagt. Wie sei dieser Anteil genau berechnet worden? Warum sei die KVB mit einem nur unerheblichen Anteil von 1/8 der Gesamtkosten herangezogen worden?
- zu V 3 Dienstfahräder für die Stadtverwaltung
Diese wichtige Angelegenheit werde ihm zu unverbindlich dargestellt. Herr Dr. Welpmann erwartet, dass die Stadt Köln in Form von Dienstanweisungen dies verbindlich mache und auf der anderen Seite auch den Fuhrpark reduziere.
- Herr Dr. Welpmann regt an, bei allen Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns Jobtickets einzuführen und fragt, weshalb dies noch nicht geschehen sei.

RM Frau Dr. Müller regt hinsichtlich des Zieles unter V 1, zusätzliche Fahrradabstellmöglichkeiten einzurichten, an, mehr Personal zuzusetzen. Nach ihren Informationen reiche eine Stelle für die Einrichtung von 2.000 zusätzlichen Fahrradabstellmöglichkeiten nicht aus.

SB Herr Dr. Albach bemerkt, das erste Ziel des Klimaschutzkonzeptes sei nicht erreicht worden. Im Vergleich zu 1990 könne noch nicht gesagt werden, wo man jetzt stehe. Außerdem weist er darauf hin, dass die Vorgaben der Stadtverwaltung Beschlussgrundlage seien und nicht die Vorschläge der Gutachter. Ihn verwundere, dass eine eigene Effizienzagentur für Köln vorgeschlagen werde, anstatt die von Nordrhein-Westfalen zu beauftragen oder dass qualifizierte Ingenieure gewonnen werden sollen, die bei der städtischen Gebäudewirtschaft überall fehlten. Herr Dr. Albach regt an, über die Prioritäten nachzudenken.

Er fragt, weshalb keine Abschätzung über die Kosten von Ökostrom vorgenommen werden könne, da bereits welcher bezogen werde. Auch sollte die Stadt Köln prüfen, ob es nicht besser sei, in billigen Strom und Einsparmaßnahmen zu investieren. Die Gründung eines Klimaschutzfonds sollte im Finanzausschuss beraten werden, da es sich um eine Art Nebenhaushalt handle. Hierüber müssten die Finanzexperten der Fraktionen informiert werden.

Zudem wünsche er sich ein – und nicht zwei – besser abgestimmtes Wohnbauprogramm, das sowohl ökologische als auch soziale Aspekte beinhalte. Des Weiteren verweist er auf die hohen Wartungskosten von Dienstfahrrädern.

Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass das Wuppertal Institut für Erdgasantriebe plädiere und bittet, erdgasbetriebene Fahrzeuge in das Maschinenkonzept einzubeziehen.

Beigeordnete Frau Reker nimmt zu verschiedenen Fragen vorab mündlich Stellung und betont, die Stadt Köln sei bisher nicht bereit gewesen, für den Klimaschutz die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dies sei der Grund, weshalb auch Personalanteile in der Vorlage eher gering kalkuliert seien. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen werde abzuwägen sein, auch im Hinblick auf die anderen Bedarfe in der Stadt, wie viel Geld man in welche Ziele stecke.

Frau Reker unterstreicht, das vorliegende Sofortmaßnahmenprogramm könne nicht dem Integrierten Klimaschutzprogramm entsprechen. Sie weist auf die Tabelle in Anlage 1 hin, aus der man die notwendigen Finanzbedarfe ablesen könne. Am Beispiel des Kommunalen Förderprogramms für die private Altbaumodernisierung erläutert sie, dass die Maßnahme im nächsten Jahr aufgebaut werde und im Folgejahr das Programm zu laufen beginne. Was bei den einzelnen Maßnahmen einzusparen sei, könne man unter den jeweiligen Kurzbeschreibungen der Gutachter finden. Immer dann, wenn in der Verwaltungsvorlage unter der jeweiligen Ziffer etwas anderes stehe, werde die Verwaltungsmeinung vorgeschlagen.

In vielen Bereichen habe man untersucht, was sich in anderen Städten bewährt habe, so z. B. die Effizienzagentur in München, und versucht, eine Prognose zu erstellen.

Auch hinsichtlich des Neubürgertickets müsse man zu einer verträglichen Lösung kommen. Sie begrüße die Anregung, ein Jobticket für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke einzuführen. Die Verwaltung wolle bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün die Anregungen prüfen und eine Stellungnahme abgeben.

Die Ausschussvorsitzende bittet, die Anregungen auch an die anderen Ausschüsse weiterzuleiten.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage in die nachfolgenden Gremien und bittet um Wiedervorlage am 08.12.2011.